

Ist das Welterbe in Gefahr?

Eine neue Stellungnahme des Unesco-Beraters Icomos bringt Bewegung in die Debatte. Der Verein Zukunft Quedlinburg sieht seine Befürchtungen bestätigt.



Mit dem „Zukunftsprojekt Morgenrot“ planen private Investoren auch die Entwicklung eines Energieparks.

SYMBOLFOTO: IMAGO/ANDREAS FRANKE

VON PETRA KORN

QUEDLINBURG. Mit ihm sollen vor den Toren des Quedlinburger Welterbes ein Industriepark und ein diesen versorgender Energiepark mit Photovoltaik und Windrädern entstehen: dem „Zukunftsprojekt Morgenrot“. Zu dem umstrittenen Vorhaben liegt jetzt eine Stellungnahme von Icomos Deutschland, der Berater-Organisation der Unesco, vor. Das hat der Verein „Zukunft Quedlinburg“, der über eine Petition Unterschriften für eine Bürgerbefragung zu dem Projekt gesammelt hat, über verschiedene Kanäle öffentlich gemacht – und mehr.

Nach Ansicht des Vereins bestätigte die Stellungnahme seine Befürchtungen. „Es hieß immer, wenn der Welterbestatus in Gefahr gerät, platzt das Projekt“, sagt Nadine Lang, Vorsitzende des Vereins, „das ist nun der Fall.“ „Die Gefahr für das Welterbe ist da“, ergänzt Christian Alsen. So verweisen die Vereinsvertreter unter anderem darauf, dass Icomos dem Schreiben zufolge die Auffassung des Welterbeverträglichkeits-Gutachters - wonach die Auswirkungen des „Zukunftsprojektes Morgenrot“ mit dem zuletzt vorliegenden Planungsstand insgesamt akzeptabel seien - nicht teile. Und darauf, dass auf weitere Probleme im Zusammenhang mit Windenergieplänen in Nachbarkommunen verwiesen werde. In dem der MZ vorliegenden Schreiben ist von „großen Bedenken“ die Rede.

Der Verein, sagen Nadine Lang und Christian Alsen, sei nicht gegen die Energiewende und auch nicht gegen Industrie. „Aber man muss mit Augenmaß rangehen“, so Alsen. Das Vorhaben „Zukunft Morgenrot“ aber sei aus Sicht des Vereins „grundsätzlich problematisch“ vor dem Hintergrund eines weltweit einmaligen Kulturerbes.



Noch bis zum 1. Juni liegen die Planungsunterlagen zum „Zukunftsprojekt Morgenrot“ öffentlich aus, können auch Bürger Stellung nehmen.

FOTO: KORN

Die zuständigen Monitoring-Beauftragten hätten im Rahmen der laufenden Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf des Bebauungsplanes zum „Zukunftsprojekt Morgenrot“ Stellung genommen, teilte Icomos Deutschland auf Anfrage mit. „Ob diese Stellungnahme veröffentlicht wird, obliegt der Stadt Quedlinburg.“

„Vorläufige Stellungnahme“

Sprecherin Sabine Bahß bestätigte, dass bei der Stadtverwaltung ein Schreiben von Icomos eingegangen ist. Die Stellungnahme werde im laufenden Verfahren für den Bebauungsplan erfasst und bewertet, so die Stadtsprecherin. Die Auswertung erfolge nach Ende der Auslegungsfrist am 1. Juni, erklärte Oberbürgermeister Frank Ruch (CDU).

Er ordnet das Icomos-Schreiben anders ein. So sei „eine Kern-

aussage“, dass dieses eine „vorläufige Stellungnahme“ sei, die auf der Zusammenfassung des Welterbeverträglichkeits-Gutachtens beruhe. Und dass eine abschließende Beurteilung erst erfolgen könne, wenn das gesamte Gutachten vorliege.

Der Oberbürgermeister sieht daher in über Nachrichtenkanäle verbreiteten Aussagen, das Gutachten „werde nicht anerkannt“ eine „Falschinformation“. Eine solche sei auch die Aussage zur „Windkraft in Badeborn: Die geplanten Anlagen liegen in unmittelbarer Sichtbeziehung zum Welterbe“ und gefährdeten dessen außergewöhnlichen universellen Wert. Es seien noch keine Anlagen geplant, so der Oberbürgermeister. Vielmehr gehe es um eine Verdichtung, wenn alle „potenziellen Windenergiegebiete frei mit Windenergieanlagen bestückt würden. Davon sind wir weit weg.“ Er verwies auf diesbezügliche Kontakte

zur Regionalen Planungsgemeinschaft und darauf, dass auch die Stadt selbst Gespräche zu den Nachbarkommunen suche.

Das Icomos-Schreiben sei für ihn wie ein Déjà-vue: Beim Industriegebiet Quarmbeck seien die Argumente ähnlich gewesen. Hier sei am Ende eine Einigung erzielt worden, und das halte er auch jetzt für möglich.

Unterschriftensammlung

Die bis zum 1. Juni eingehenden Stellungnahmen von Behörden, Verbänden, Einrichtungen usw. sowie die Bürgerhinweise würden detailliert ausgewertet, sagte der Oberbürgermeister. Vorbereitet werden solle eine Beschlussfassung zum Bebauungsplan für die Stadtratssitzung im Juli. Voraussetzung dafür sei, dass alle Hinweise entsprechend bearbeitet werden könnten – und dass auch die städtebaulichen Verträge vorlägen, die klar die Pflichten und Rechte der Investoren regelten „und die Welterbestadt von finanziellen Verpflichtungen freistellen“. Ansonsten werde eine mögliche Beschlussfassung auf die nächste Ratssitzung Ende August verschoben.

Bis zur Ratssitzung will der Verein Zukunft Quedlinburg eigenen Angaben zufolge weiter das Gespräch mit Stadträten suchen. Die Unterschriftensammlung zur Petition – fast 1.900 Unterschriften waren es online, über 1.000 auf ausgelegten Listen, so Nadine Lang – wird nicht weiterverfolgt. Weil eine Bürgerbefragung, eine Befragung der Quedlinburger zur der „Jahrhundertentscheidung“ laut Stadt nicht erfolgen werde, so der Verein. Sollte der Bebauungsplan beschlossen werden, „werden wir in den Rechtsstreit gehen“, kündigt Christian Alsen an.

Wer muss die Unesco informieren?

Der Verein Zukunft Quedlinburg kritisiert, dass durch die Stadt Quedlinburg keine Information zum „Zukunftsprojekt Morgenrot“ an die Unesco erfolgt sei. In dem der Redaktion vorliegenden Icomos-Schreiben heißt es dazu, dass „dringend eine Meldung nach Paragraph 172 der Operationel Guidelines an das Welterbekomitee der Unesco“ empfohlen werde.

Laut Paragraph 172 ist nicht die Kommune verpflichtet, die Unesco zu unterrichten, sagte Oberbürgermeister Frank Ruch (CDU) dazu. In dem Paragraphen heißt es, dass „die Vertragsstaaten“ zur Benachrichtigung aufgefordert seien, wenn sie die Absicht hätten, Maßnahmen durchzuführen oder zu genehmigen, die Auswirkungen auf den außergewöhnlichen universellen

Wert einer Welterbestätte hätten. „Wir stimmen uns eng mit dem Land ab“, sagte Frank Ruch, namentlich der Staatskanzlei.

Die Stadtverwaltung sei sich mit der Staatskanzlei einig, das komplett vorliegende Welterbeverträglichkeitsgutachten abzuwarten. „Sollte dieses die bereits vorliegende Zusammenfassung widerspie-

geln, wovon wir ausgehen“, sei sie das Ergebnis der Kulturerbeverträglichkeitsprüfung nach den Standards der Unesco, der sich die Stadt freiwillig unterzogen habe.

„Und nichts anderes“ würde die Unesco in Paris von uns verlangen: dass wir uns einem solchen Verfahren unterwerfen“, so der Oberbürgermeister.